

Steuern und AHV sollen ein Begriff sein

Die Jungfreisinnigen Baselland lancieren eine Petition, um Jugendliche in der Schule besser auf ihre finanzielle Zukunft vorzubereiten.

Delia Burgener

Der Satz des Pythagoras ist den meisten Schülerinnen und Schülern wohl ein Begriff. Doch was ist mit «Vorsorgesystem» und «Steuerpflicht»? «Viele junge Menschen verlassen die Schule, ohne über ein vertieftes Wissen über Steuern und die Altersvorsorge zu verfügen», steht in einer Petition, die diese Woche von den Jungfreisinnigen Baselland lanciert wurde. Darin fordern sie eine jährliche, obligatorische Lerneinheit zum Thema Steuern und Altersvorsorge in der Sekundarstufe I.

Ein «Zu früh» gibt es nicht

«Wie diese Einheit konkret aussehen soll, lassen wir offen», sagt Cyril Bleisch, Präsident der

Jungfreisinnigen Baselland. Ihm sei bewusst, dass Lehrplanänderungen schwierig seien, daher wolle man der Politik und den Schulen den nötigen Handlungsspielraum lassen. «Wichtig ist, dass die Einheit repetitiv stattfindet. So hat sie den grössten Lerneffekt.»

Beim Eintritt in die Sek I sind Kinder in der Regel zwölf oder dreizehn Jahre alt. «Man kann nicht früh genug anfangen, sich mit der Thematik zu befassen», meint Bleisch. Die Einheiten sollen aufbauend sein und mit zunehmendem Alter komplexer werden. Der springende Punkt: möglichst früh ein Grundverständnis aufbauen. Die Absicht sei, junge Menschen besser auf ihre finanzielle Zukunft vorzubereiten. Sie sollen sich Kenntnisse über Rechte und Pflichten

«Man kann nicht früh genug anfangen, sich mit der Thematik zu befassen.»

Cyril Bleisch
Präsident Jungfreisinnige BL

in finanziellen Fragen, zum Schweizer Steuersystem und zu den drei Säulen der Altersvorsorge aneignen.

Der Kanton schreibt auf Anfrage, er schätze es, dass junge Menschen sich damit auseinandersetzen, welche Inhalte und Themen aus ihrer Sicht in der Schule behandelt werden sollen. Der Lehrplan für die Sekundarschule sehe bereits Lernziele vor, welche die bezeichneten Bereiche grossmehrheitlich abdecken; so beispielsweise die Einschätzung von rechtlichen und finanziellen Verpflichtungen oder den verantwortungsvollen Umgang mit den eigenen finanziellen Ressourcen. Sobald die Petition eingereicht werde, wolle die Bildungsdirektion die Anliegen prüfen und Stellung nehmen.

«Eine Studie der Schweizer Nationalbank hat gezeigt, dass 50 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer wenig finanzielle

Bildung besitzen», sagt Bleisch. Es fehlten Vertrauen und Erfahrung in finanziellen Angelegenheiten. Die AHV vieler junger Menschen weise im schlimmsten Fall Lücken auf. «Sie wissen möglicherweise nicht, dass sie ohne Lücken in die erste Säule einzahlen müssen.» Werden diese Beiträge nicht innerhalb von fünf Jahren nachgezahlt, fällt die eigene AHV-Rente später tiefer aus.

«Wie sollen sie es ihren Kindern weitergeben?»

Bleisch sieht nicht die Erziehungsberechtigten, sondern die Schule in der Pflicht, solches Wissen zu vermitteln. «Wenn schon den Erziehungsberechtigten das Know-how fehlt, wie sollen sie es ihren Kindern weitergeben?» Die Schule biete daher

eine gute Basis, um alle auf denselben Wissensstand zu bringen. Ausserdem erreiche sie Personen aus allen Gesellschaftsschichten.

Ein erlernter Umgang mit Finanzen ermögliche jungen Menschen, eigenverantwortlich und selbstbestimmt handeln zu können. In der schulischen Bildung mangle es an praxisnahen Inhalten, steht in der Petition. Das müsse sich ändern. «Jugendliche sollen nicht erst mit 18 Jahren das erste Mal mit einer Steuererklärung konfrontiert werden», ergänzt Bleisch. Sie sollen wissen, wie man sie ausfüllt, was Abzüge sind und wofür die drei Säulen stehen. «Im Dschungel aus technischen und finanziellen Fragen sollten Jugendliche nicht von anderen abhängig sein müssen.»